



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., ansehnlich incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anfertigungsbüro für den Raum einer fünfzehnteiligen Seite in Petzsch's 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 68. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 10. Februar 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Bern, 8. Febr., Nachm. Die Sitzungen der Bundesversammlung sind heute geschlossen worden, nachdem das von Zürich angefochtene Gesetz über strategische Alpenbahnen mit großer Majorität aufrecht erhalten worden war. Der Präsident des Nationalraths bemerkte, daß die gefassten Beschlüsse geeignet seien, der Schweiz durch Ausbildung ihrer Wehrkraft und durch den Abschluß von Staatsverträgen über Handel und Wandel eine gebührende Stellung nach außen zu sichern.

München, 8. Febr. Die „Münch. Z.“ bringt eine pariser Privatnachricht, nach welcher der Kaiser den Dampfer „Civitavecchia“ abgefaßt habe, um die neapolitanische Königsfamilie an Bord zu nehmen.

Paris, 9. Febr. Der heutige „Moniteur“ meldet, daß die Zinsen der Schatzscheine auf 3, 3 1/2 und 4 Prozent festgesetzt worden sind. Das Projekt der Conversion der Rente, welche in der Legislative mit 226 gegen 19 Stimmen angenommen worden, wird am künftigen Montag vor den Senat kommen.

London, 9. Febr. Aus Newyork vom 25. v. M. hier eingetroffene Berichte melden, daß mit Steinen beladene Schiffe in der Durchfahrt bei Massith am Eingange des Hafens von Charleston versenkt werden sollen. Die Insurrection in Kentucky ist durch die Niederlage Zollikofers erstickt worden. General Arthur ist in der gesetzgebenden Versammlung erschienen, um über die Maßregeln zur Vertheidigung Newyorks Bericht zu erstatten.

Aus Madrid wird vom 7. Februar der Tod Martinez de la Rosa's gemeldet.

Zürich, 5. Febr. Das Abgeordnetenhaus hat die Debatten über die Besteuerung der Handels- und Versicherungs-Gesellschaften begonnen. Der „Constitutionne“ zufolge soll das in Venetien stehende Heer des Herzogs von Modena aufgelöst werden.

Der Gemeinderath von Livorno hat feierlich erklärt, daß die Stadt mit Freunden bereit sei, alle Lasten zu tragen, welche die Regierung und das Parlament zur Vervollendung und Befestigung des Unabhängigkeits-Wertes für nötig erachtet.

Die Rente steht auf 69. 75.

Vera-Cruz, 10. Jan. General Prim hat über seine Truppen Revue abgehalten. Bei dieser Gelegenheit sagte er in einer Ansprache, die Expedition habe nicht die Aufgabe der Eroberung, und er hoffe, daß die Mexicaner keinen Widerstand leisten würden.

Bukarest, 5. Febr. Das neue gemeinsame Ministerium für die beiden Donau-Fürstenthümer ist gebildet. Minister-Präsident und Minister des Innern ist Barbo-Catargiu; Finanz-Minister Muruzi; Cultus- und Unterrichts-Minister Gregor Balsque; Justiz-Minister Konstantin Traloi und Kriegs-Minister der Oberst Ghika. Morgen findet die Eröffnung der gesetzgebenden Versammlung statt.

London, 8. Febr. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses beantragte Lord Dufferin die Antwort-Adresse und Lord Shelburne secundirte. Sie ist, wie gewöhnlich, ein Echo der Thronrede. Lord Derby lobt die von der Regierung Amerika gegenüber beobachtete Politik und das freundliche Benehmen Frankreichs. Er bemerkt ferner, er dringe nicht auf die Anerkennung der Südstaaten, wünsche jedoch Erklärungen in Betreff der Wirksamkeit der Blockade. Carl Russell erklärte, die Regierung verhandle bei der Neutralität und wolle in Betreff der Anerkennung warten, bis es sich entschieden habe, ob der Norden dem Süden gegenüber stark genug sei. Schiffe zur Blockade besäßen die Unionisten genug, obwohl die Blockade zuweilen gebrochen sei. Was Mexiko anlangt, wolle man diesem keine bestimmte Staatsform aufdrängen, sondern bloß geordnete Zustände herbeiführen.

Im Unterhause beantragte Fortmann die Adresse und Wood secundirte. Disraeli lobte die Thronrede und die Regierungspolitik in ähnlicher Weise wie Lord Derby, und Lord Palmerston antwortete in demselben Sinne wie Carl Russell. Sämmtliche Redner widmeten dem Andenken an den Prinzen Albert begeisterte Worte. Die Adresse ward von beiden Häusern einstimmig angenommen.

Der Prinz von Wales ist gestern abgereist. Auf seiner Reise wird ein strenges Incognito beobachtet.

Preußen.

Berlin, 8. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Kammerherrn Grafen v. Blankenfee den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern zu verleihen; sowie den bisherigen Landrath Schmidt zu Angerburg zum Regierungs-Rath zu ernennen. (St. A.)

[Militär-Wochenblatt.] Todte, Zeug-St. vom Art.-Depot zu Kofel, zum Art.-Depot in Berlin verlegt. Mache, Zeug-Feldw. vom Art.-Depot zu Breslau, zum Zeug-St. bei dem Art.-Depot in Kofel befördert. Sonnenbrodt, Zahlm. beim Fü.-Bat. des 3. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 50, zum 2. Bat. des 1. Schles. Gren.-Regts. Nr. 10, Baerich, Zahlm. beim 2. Bat. des 1. Schles. Gren.-Regts. Nr. 10, zum Fü.-Bat. des 3. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 50 verlegt.

Pl. Berlin, 9. Febr. [Die Conspiration gegen Preußen.] Die Stellung des Landtages zu derselben. Morgen sind es acht Tage, daß dem preussischen Cabinet durch die Noten Oesterreichs, der vier Königreiche, Nassau's und Hessen-Darmstadt's die Kunde einer Coalition gegen die preussischen Bundesreformvorschlüge geworden ist; es wird die Antwort darauf von hier aus erfolgen, bevor noch einmal acht Tage abgelaufen sind; wie diese Antwort ausfallen wird, was die Regierung überhaupt zu unternehmen gedenkt, darüber verlautet nicht das Mindeste, und was an die Öffentlichkeit gelangt, ist entweder Vermuthung oder Erfindung. Es wird Alles in dieser Angelegenheit sehr geheimnißvoll betrieben; aus mehrfachen Anzeichen zu schließen, ist man an entscheidender Stelle noch nicht einig; in dem zustehenden Ressort giebt es überhaupt so viele differirende Ansichten, deren Vertreter in mancherlei Weise gegen einander operiren, daß jeder feste Beschluß nicht ohne Mühe bis zu dem Stadium der Bestätigung gefördert wird; es ist fast zu fürchten, daß durch diesen beklagenswerthen Uebelstand die Antwort Preußens mindestens in der Wirkung abgeschwächt ausfallen dürfte. Es fehlt nicht an Stimmen im auswärtigen Amte, welche den ganzen Ernst der Situation hin, indem man sagt: Herr v. Boust hat ein Bundesreform-Projekt entworfen, und dadurch allerdings den Vorschlag des Grafen Bernstorff extrahirt, jetzt kommt ein Gegenvorschlag aus Süddeutschland voila tout, also Wünsche nichts als Wünsche, Vorschläge nichts als Vorschläge. Die Männer der ernsteren Ansicht stützen sich allerdings auf Thatfachen, welche, ohne zu unterzücken wie sie zu ihrer Kenntniß gekommen, schwer in das Gewicht fallen. Man wird sich erinnern, daß Herr v. Boust sein Projekt, lange bevor es an Preußen kam, an Oesterreich und die Würzburger zur Begutachtung geschickt hatte und vom Grafen Rechberg die Weisung erhalten hatte, nicht ohne Oesterreichs Zustimmung mit Preußen zu verhandeln. Von dem Augenblick an, in welchem man erfuhr, daß Hr. v. Boust dennoch sein Projekt nach Berlin übermittelte, leitete das österreichische Cabinet und zwar hinter dem Rücken Sachsens Unterhandlungen mit den, seiner partikularistischen Politik am meisten ergebenen Staaten ein, deren Resultat jene gleichlautenden Noten sind. Sachsen, welches auch zu Anfang außerhalb der Coalition stand, gelang es zur Theilnahme daran verstatet zu werden, in dessen erst, als die Abhandlung identischer Noten verabredet war, deshalb verhandelte Sachsen auf eigene Hand und zwar durch eine erneute Motivirung des Preussischen Projektes ohne Mahnung an die preussische Politik von 1850 und ohne bestimmte Vorschläge diese Darstellung der Hergänge, welche ich Grund habe, für vollkommen wahr und richtig zu halten, ist ein sehr wichtiges und durchaus nicht zu übersehendes Mittelglied in der ganzen Affaire, sie zeigt deutlich, daß Oesterreich um jeden Preis das Heft in der Hand zu behalten bemüht war, und daß die Annahme eines wohlorganisirten Planes, nach welchem man weiter gegen Preußen vorgehen will, mehr ist, als leere Vermuthung. So viel über die Ansichten und ihre Motive in den nächstbetheiligten Kreisen. Meine jüngsten thatsächlichen Angaben über den Stand der Coalition hat die offiziöse „Sternzeitung“ in einem kurzen dürftigen Sätzchen, der einzigen Aeußerung des ministeriellen Organs in einer so weitreichenden Frage, bestätigt; heute bin ich in der Lage, Folgendes hinzuzufügen: Bis jetzt ist ein weiterer Anschluß an die Coalition nicht erfolgt, wohl aber eine bestimmte Erklärung (wenn auch nicht in amtlicher Form) von Braunschweig vorhanden, wonach die Herzogthum Meiningenfalls hinzutreten wird, ebenso soll es um Oldenburg stehen, Mecklenburg schwankt noch, von Kurhessen ist gar nicht die Rede. — Endlich bleibt mir noch ein Wort über die Stellung des Landtages zur Situation. Die Fractionen der liberalen Partei des Abgeordnetenhauses berathen mit großem Eifer den Antrag in der deutschen Frage, welcher in der nächsten Plenar Sitzung am Donnerstag eingebracht werden soll. Man hatte sich von Seiten der Grabowianer wie der Progressisten über die Annahme einer Resolutionsfassung des Abg. Stavenhagen geeinigt, jetzt ist indessen die Fortschrittspartei wieder davon zurückgekommen und hat einen eigenen Antrag formulirt, welcher der Fraction Grabow einfach zur Annahme oder Ablehnung überantwortet worden; diese letztere ist bereits erfolgt und so wird denn jede Fraction einen besonderen Antrag einbringen. Die Fraction Grabow läßt den ihrigen von Bürgers entwerfen, die Progressisten haben die Herren Dr. Freye (Minden), Twesten und Schulze (Delitzsch) damit betraut. Von der neuesten Wendung der Dinge ist in den Verhandlungen nicht die Rede, da man erst Erklärungen des Grafen Bernstorff in der Commission abwarten will, welche über die Anträge zu berathen haben wird.

***** Berlin, 9. Februar.** [Der neue Standpunkt der deutschen Frage und die Fractionen des Landtages.] Während man noch vor einigen Tagen darüber verschiedener Meinung sein konnte, ob das Haus der Abgeordneten sich schon jetzt in Betreff der deutschen Frage aussprechen solle oder nicht, erscheint eine solche Aussprache gegenwärtig nach der Uebergabe der Noten Oesterreichs und der Mittelstaaten geradezu als eine unabweißbare Pflicht. Selbstverständlich aber dürfte das Haus dieser Pflicht am wirksamsten entsprechen, wenn es sich mit aller Klarheit und Entschiedenheit für den Standpunkt ausspricht, welchen die Regierung selbst eingenommen hat, und hierdurch auf das unzweideutigste bezeugt, daß die Regierung in dieser Sache das Land hinter sich hat. Von diesem Gesichtspunkte aus hat denn auch gestern Abend die Fraction Grabow beschlossen, einen Antrag in das Haus zu bringen, dessen Schlußsatz vorläufig folgendermaßen formulirt worden ist: „Im Interesse der Sicherheit und der Wohlfahrt Deutschlands und aller einzelnen Staaten erklärt das Haus eine Reform der deutschen Bundesverfassung für dringend geboten, durch welche 1) das bestehende Bundesverhältniß mit Oesterreich bezüglich seiner zum deutschen Bunde gehörigen Gebiete erhalten und die zwischen diesem Gebiete und dem übrigen Deutschland bestehende staatsrechtliche Verbindung wechselseitig gewahrt werde, 2) innerhalb dieses weiteren Bundes Preußen und die übrigen deutschen Staaten unbeschadet ihrer inneren Selbstständigkeit sich bezüglich der militärischen, diplomatischen, handelspolitischen und anderen wesentlich gemeinsamen Angelegenheiten zu einem engeren Bunde vereinigen, in welchem die oberste Führung der gemeinsamen einheitslichen Bundesregierung der Krone Preußen zusteht, und eine gemeinsame National-Vertretung der Bundesstaaten die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und die verfassungsmäßige Kontrolle über die Bundesregierung übt.“ Leider ist zunächst keine Aussicht vorhanden, daß die Fortschrittspartei sich mit der Fraction Grabow zu einem gemeinsamen Antrage vereinigen wird. Eine Fassung, welche von dem Abg. Stavenhagen ausgegangen und von der Fraction Grabow für den Fall ihrer Annahme von Seiten der Fortschrittspartei genehmigt worden war, hat den Beifall der letzteren nicht gefunden. Sie wurde dort, wie es heißt, mit 37 Stimmen gegen 34 verworfen und eine Fassung angenommen, von welcher jene Fraction nicht mehr abzugehen wies, und in Betreff derer sie der Fraction Grabow nur die Wahl zwischen „Annehmen oder Ablehnen“ ließ. Diesem kategorischen Imperativ konnte sich die letztere bei aller Bereitwilligkeit zur Verständigung um so weniger unterwerfen, als die von der Fortschrittspartei entworfene Fassung mehrfache Spuren davon an sich trägt, daß sie aus einem Compromiß der innerhalb jener Partei befindlichen „großdeutschen“ und „kleindeutschen“ Richtungen und Elementen hervorgegangen ist und demgemäß nicht unumwunden und rein den Grundgedanken, das Recht und die Nothwendigkeit eines „engeren Bundes“ ausspricht. Zwar erkennt auch diese Fassung in den Erwägungsgründen an, daß die deutsche Einheit „zunächst nur durch Herstellung des Bundesstaates innerhalb des bestehenden weitern völkerrechtlichen Bundes erreicht werden könne“, läuft aber demerachtet auf einen Schlußsatz hinaus, nach welchem die Krone Preußen die militärische, diplomatische und handelspolitische Führung in Deutschland in Anspruch zu nehmen habe, so daß der „großdeutsche“ Gedanke keineswegs entschieden abgewiesen, sondern ihm so zu sagen immer noch ein Hintertrechtchen offen gelassen ist.

*) Von einem Mitgliede des Abgeordnetenhauses.

K. C. Berlin, 8. Febr. [Vom Landtage.] Die drei vom Finanzminister vorgestern im Hause der Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwürfe liegen gedruckt vor. Alle drei sind von dem Minister mündlich ausdehrend erläutert. In Bezug auf den Gesetzentwurf wegen Erhebung der Stempelsteuer von ausländischen Zeitungen, Zeitschriften, ist nur nachzutragen, daß — nach den Motiven — durch die betreffende vorjährige Novelle von ausländischen Blättern von der Steuer ganz befreit sind 47, in der Steuer erleichtert 352, unverändert geblieben 36, in der Steuer erhöht 94, letzteres sind meist Wochenblätter; 39 davon erscheinen in den Zollvereins-Staaten, 26 in Oesterreich, 29 in anderen Staaten; sie bringen in der Regel politische Artikel und Anzeigen. Ueber die Frage der Verlegung der Zollvereinsverträge wird nur kurz bemerkt, von einer solchen Verlegung könne „nicht die Rede“ sein, da die Verträge sich nirgend auf Stempelsteuer und Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigebücher beziehen. Im Einzelnen ist noch zu bemerken, daß „diejenigen Verleger, welche wünschen, daß ihr Blatt, wie inländische Blätter, nach dem Umfange besteuert werden, nur die Verpflichtung haben, vierteljährlich ein volles Exemplar vorzulegen, damit nach dessen Umfange der Steuerbetrag bestimmt werden könne. Der Steuerbetrag wird in Silbergrößen abgerundet normirt werden und so lange maßgebend bleiben, als sich der Umfang des Blattes nicht erheblich verändert, da es nicht ausführbar ist, mit den Verlegern ausländischer Blätter, wie mit den Verlegern inländischer Blätter, vierteljährlich abzurechnen. Auch wird in der Person des Steuerpflichtigen durch das vorliegende Gesetz nichts geändert; vielmehr bleibt der Staatskasse gegenüber derjenige zur Zahlung der Steuer verpflichtet, welcher das Blatt im Inlande hält. Die Steuer wird nach wie vor entweder durch die Postbehörde von dem Abonnement oder auf die Anmeldung des letzteren von der Steuerbehörde erhoben werden.“

Der Bericht der heftigen Commission des Abgeordnetenhauses wird erst am Montag festgesetzt, und kann daher nicht vor Donnerstag ins Plenum kommen. Die Commission des Hauses der Abg. — wegen der Buchergesetze — hat sich folgendermaßen constituirt: Köppl (Danzig) Vors., Niebold Stellv., Bellier de Launay Schrift., Chompe Stellvert. des Schrift. Aus dem Herrenhause liegt nur eine Interpellation des Fürsten W. Radziwill vor, welche anfragt, was in Sachen der im Großherzogthum Posen bestehenden landwirthschaftlichen Kreditvereine seit zwei Jahren geschehen sei. — Die Budgetcommission des Herrenhauses hat sich gestern constituirt; sie besteht aus: Dr. Brüggemann Vors., v. Frankenberg-Ludwigsdorf Stellv. des Vors.; Piper, v. Obershausen und Nichtkeig Schrift., ebenso die Justizcomm.; sie besteht aus: Graf Pittberg Vors., von Frankenberg-Ludwigsdorf Stellv. des Vors., Graf v. Rothkirch-Trach Schrift., Dr. Tesmann Stellv. des Schriftführers.

In Bezug auf den in der deutschen Frage zu stellenden Antrag hat die deutsche Fortschrittspartei gestern sich für die Stavenhagensche Fassung der eigentlichen Resolution entschieden, falls nämlich überhaupt eine Einigung zwischen den verschiedenen liberalen Fractionen zu Stande kommt; in Bezug auf die Erwägungsgründe fehlt diese Einigung noch; doch werden die Verhandlungen darüber fortgesetzt. — Die Fraction Zimmermann und Genossen hat beschlossen, nach ihrem Versammlungsorte den Namen: „deutsche Fortschrittspartei, Fraction Schmelsers“ anzunehmen.

[Schluß der Mittheilungen über die neue Städteordnung.] In dem Titel VII. „vom Gemeindehaushalt und den Gemeindeabgaben“ sind die Bestimmungen über die Gemeindesteuern schärfer normirt. Die Gemeindesteuern sollen bestehen können: erstens, in besondern directen oder indirecten Gemeindesteuern, welche der Genehmigung der Regierung bedürfen, wenn sie neu eingeführt, erhöht oder in ihren Grundätzen verändert werden sollen; zweitens in Zuschlägen zu den Staatssteuern; dabei darf die Steuer für den Gewerbetrieb im Umherziehen nicht belastet werden, bei Zuschlägen zur Klassen- und Einkommensteuer darf das Gesamteinkommen, aber nur so weit herangezogen werden, als es nicht anderswo gemeindlich besteuert ist; Grundbesitz, welches einen besondern Zuschlag bildet, bleibt in allen Fällen außer Berechnung; Zuschläge zu den Staatssteuern dürfen ohne Genehmigung der Regierung, fast wie bisher nur zu 50%, bis zu 75% erhoben werden; diese Genehmigung wird erforderlich bei höheren Zuschlägen oder bei einer Verteilung nach ungleichen Sätzen; bleibt die einmal genehmigte Verteilungsart ohne weitere Erhöhung, so ist eine neue Genehmigung nicht nötig; für Begünstigungen der letzten Klassensteuerstufe bedarf es derselben gar nicht. Die etwaige Heranziehung von Fremden zu Gemeindesteuern ist dem Ermessen der Stadtbehörden anbeimgelassen. — Die jetzt bestehende vollständige Freiheit der serbischberechtigten Militärpersonen des activen Dienststandes, der Geistlichen, Kirchendiener und Schullehrer von den Gemeinde-Abgaben wird als nicht genügend gerechtfertigt, in Wegfall gebracht; die Militärpersonen bleiben aber mit ihrem Dienstlohn vollkommen vollständig oder theilweise, wie bisher, davon befreit. — Ueber die Aufhebung des Einzugsgeldes hat sich bereits der Minister des Innern mündlich ausgesprochen. Ein Einkaufsgeld oder eine jährliche Abgabe für die Theilnahme an den Gemeindegewinnungen kann erhoben werden, doch wird dadurch die Ausübung des Bürgerrechts niemals beengt.

In Bezug auf die Verpflichtung zur Annahme von Stellen in der Gemeindeverwaltung u. s. w. ist nur zu bemerken, daß für die Verweigerung der „Ehrenpflicht“, eine unbesoldete Stelle anzunehmen, die Ahndung einer Geldstrafe nicht als ausreichend erachtet ist, sondern es soll die Stadtverordneten-Versammlung auf drei bis sechs Jahre die Ausübung des Bürgerrechts verweigern können. — Bei den Pensionansprüchen besoldeter Gemeindebeamten soll der Rechtsweg eben so gut offen bleiben, wie bei den Staatsbeamten.

In Bezug auf die Aufsicht des Staats über die Stadtverwaltung heißt es im § 115: „Die Aufsichtsbehörden des Staats sind berechtigt und verpflichtet, darauf zu halten, daß die Verwaltung der städtischen Gemeinde-Angelegenheiten den Gesetzen und insbesondere dieser Städteordnung gemäß geführt werde; sie haben insbesondere den Gemeinde-Vorstand zur Beantwortung von solchen Beisetzungen der Stadtverordneten, beziehungsweise dem Bürgermeister zur Beantwortung von solchen Beisetzungen des Magistrats anzuhaltend, welche deren (des Vorstands) Befugnisse überschreiten, oder sonst gesetzwidrig sind, oder das Staatswohl verletzen.“ In den Motiven heißt es dazu: „Durch die hier gewählte Fassung wird die Stellung der Aufsichtsbehörden richtig bezeichnet; die Fassung scheint ebenso geeignet, unbeschäftigten Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der Gemeinden wie der wohl laut gewordenen Auffassung entgegen zu wirken, als habe die Aufsichtsbehörde nur da einzuschreiten, wo ihr das Recht dazu in der Städteordnung ganz speziell für den bestimmten Fall verliehen ist.“ — Bei Auflösung einer Stadtverordneten-Versammlung — durch königliche Verordnung auf Antrag des Staatsministeriums — muß die Neuwahl binnen drei Monaten erfolgen, und bis dahin sind die Verordnungen der Stadtverordneten vom Magistrat resp. vom Bürgermeister und den Beigeordneten wahrzunehmen.

Berlin, 9. Febr. [Die Collectivnote der Mittelstaaten.] Der telegr. gemeldete Artikel der „Sternztg.“ lautet wie folgt: Die thatsächliche Grundlage der von der „Süddeutschen Zeitung“ mitgetheilten und telegraphisch verbreiteten Nachricht beschränkt sich darauf, daß die Gesandten Oesterreichs, Baierns, Württembergs, Hannovers, des Großherzogthums Hessen und Nassau's mittelst identischen Noten gegen die von Preußen in der Depesche vom 20. Dezember v. J. ausgesprochenen Ansichten über die Reform des Bundes der Verwahrung eingelegt haben und daß Sachsen sich dieser Verwahrung angeschlossen hat. In den gedachten identischen Noten ist zugleich der Wunsch ausgesprochen, daß Preußen sich an den Beratungen beteiligen möge, welche für den ganzen Bund die Herstellung einer wirklichen Executivgewalt und einer gemeinsamen, mit Zuziehung von Delegirten der Stände-Versammlung zu gründenden deutschen Gesetzgebung bezwecken sollen. Es ist selbstverständlich, daß auf den gedachten Schritt die Antwort nicht lange auf sich wird warten lassen.

Oesterreich.

Wien, 7. Febr. Es bestätigt sich, daß von Berlin aus eine Anfrage an das St. Petersburger Cabinet, welcher Entschluß in Betreff einer Anerkennung des Königreichs Italien gefaßt worden sei?

gerichtet worden ist; es bestätigt sich aber auch, daß die kaiserlich russische Regierung hierauf eine ganz correcte Antwort ertheilt hat. (Dr. S.)

Italien.

Turin, 8. Febr. [Mazzini und die Mazzinisten.] Der Vorschlag der „Stalie“, Mazzini ohne Auserlegung von besonderen Bedingungen nach Italien heimzuführen zu lassen, wird von den geneuesischen Oppositionsblättern seit längerer Zeit befürwortet.

Eingelne Geistliche sind in ihrem Eifer gegen die Wehrhaftmachung des einheitlichen Italiens in ehemaligen römischen Gebietstheilen so weit gegangen, daß sie die Kirchenbücher säuberten, um Conscriptionspflichtige der Nachfrage zu entziehen.

Frankreich.

Paris, 6. Febr. [Zur römischen Frage.] Man kam heut im gesetzgebenden Körper nicht über die Debatten wegen der Wahl des Dr. Parnard hinweg. Nach langem Hin- und Herstreiten wurde, wie sich voraussehen ließ, der Herr Dr. und Bürgermeister Parnard von Avignon, der sich als „erblichen Correspondent“ der medicinischen Akademie einen so bedeutenden Ruf gemacht hat, als Deputirter bestätigt.

Amerika.

Man schreibt der „España“ vom 21. Januar: „Heute ist die Nachricht hier eingetroffen, daß einige Meilen von Veracruz der Wagen des französischen Gesandten von einer Guerillabande ausgeplündert worden ist. Die Papiere der französischen und spanischen Legation sollen verbrannt und 100,000 Piaster gestohlen worden sein.“

Breslau, 10. Febr. [Ueberschwemmung.]

Wie uns aus Maltsch gemeldet wird, hat die Oder in Folge einer furchtbaren Eisverfegung eine so bedrohliche Höhe erreicht, daß sie weithin die Felder und Wiesen übersüthet und fufshoch aus ihren Ufern treten ist.

Breslau, 10. Febr. [Diebstähle.]

Gestohlen wurden: Neufeststraße Nr. 50 sechs Thaler baares Geld; Sandstraße Nr. 9 vier Stück Coupons à 1 Thaler 22 Sgr. 6 Pf., von einem 3 1/2-prozentigen schlesischen Pfand-

briefe; einem Kollkutscher von seinem Wagen zwei Fäshen mit marinirtem Aal; Nikolaistraße Nr. 22 ein brauner Büffel-Ueberzieher und ein Paar schwarze Butstin-Beinkleider, in den Taschen des Ueberziehers befanden sich ein brauner und ein schwarzer Glace-Handschuh sowie ein Schubschlüssel; dem Schuhmacher-Meister G., aus seinem Ring Nr. 6 belegenen Verkaufskeller, zwei Paar talberne Halbpfefeln und ein Paar Herren-Gamaschen von Kalbleder mit Summzug.

Verloren wurden: ein Stock und ein Regenschirm, beide in einem Wachs-Futteral befindlich; der Stock, eine Rebe, hat einen gebogenen Griff und ist letzterer durch eine ausgeschnittene Weintraube und ein Weinblatt verziert. Gefunden wurde: ein Schlüssel.

Im Laufe der verfloffenen Woche sind hierorts ercl. 5 todtgeborener Kinder, 45 männliche und 42 weibliche, zusammen 87 Personen als gestorben polizeilich gemeldet worden.

Meteorologische Beobachtungen.

Die Stärke des Windes ist durch Zahlen von 0 bis 4 bezeichnet, so daß 0 gänzlich Windstille, 4 aber Sturm bedeutet.

Table with columns: Stationen, Barometer bei 0° R., Lufttemperatur, Wind, Allgemeiner Witterungs-Zustand. Includes data for Am 5. Februar, 8 Uhr Morgens and Am 8. Februar, 8 Uhr Morgens.

Breslauer Sternwarte.

Table with columns: Date, Barometer, Lufttemperatur, Wind, Witterungs-Zustand. Includes data for 8. Februar, 10 Uhr Abends, 9. Februar, 6 Uhr Morgens, etc.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 8. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die Bente eröffnete zu 71, 50, stieg auf 71, 55 und schloß bei geringem Geschäft fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93 1/2 eingetroffen.

Berlin, 8. Febr.

Die pariser Börse hat sich in Folge des Dementis, das den Anleihegerüchten gegeben wird, befestigt, und scheint davon eine günstige Rückwirkung auf die deutschen Börsen ausgegangen zu sein.

Berlin, 8. Febr. [Wochenbericht über Eisen, Kohlen und Metalle.]

Unser Markt ist augenblicklich fast gänzlich geschäftslos, obgleich Inhaber sich nachgiebig zeigen. — Roh-Eisen. Ohne Umsatz, ab Lager schottisches 1 1/2 Thlr. angeboten, auf Lieferung bei Partien 46 Sgr., garthierisches 1 1/2 Thlr. schlesisches Coats-Roh-Eisen 1 1/2 Thlr. offerirt.

Berliner Börse vom 8. Februar 1862.

Table of stock and gold prices. Columns: Name, Price, Dividend, etc. Includes items like Staats-Anleihe, Kur-u. Neumark, Pommersche, etc.

Ausländische Fonds.

Table of foreign funds. Columns: Name, Price, Dividend, etc. Includes items like Oester. Metall, dito 64er Pr.-Anl., etc.

Actien-Course.

Table of stock prices. Columns: Name, Price, Dividend, etc. Includes items like Aach.-Düsseld., Aach.-Mastricht, etc.

Wechsel-Course.

Table of exchange rates. Columns: Location, Rate, etc. Includes items like Amsterdam, Hamburg, London, etc.

Wetter.

Breslau, 10. Febr. Wind: Nord. Wetter: Schneetreiben. Thermometer früh 6° Kälte. Der Wasserstand der Oder fällt nicht unbedeutend.

Antliche Wasser-Nachrichte.

In Oppeln stand das Wasser der Oder den 7. Febr., Abends 5 Uhr, am Oberpegel 15 Fuß 6 Zoll, am Unterpegel 15 Fuß 6 Zoll, den 8. Febr., Nachm. 2 Uhr, am Oberpegel 14 Fuß 7 Zoll, am Unterpegel 14 Fuß 5 Zoll, bei heiterem Wetter und Treibeis.

Theater-Repertoire.

Montag, den 10. Febr. (Kleine Preise.) 1) Zum fünften Male: „Ein Stoff von Gerfon.“ Lustspiel in 1 Akt von G. v. Moser. 2) „Das Versprechen hinter'm Herd.“ Eine Scene aus dem österreichischen Alpen mit Nationalgefangen von A. Baumann.

Verantwortlicher Redacteur: R. Bärner in Breslau.

Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.